



Fraktionen| 08.03.2018 - 14:15

Studie des Umweltbundesamtes ist Munition für Lobbyverbände



Passend zur Debatte über Fahrverbote für Diesel-Autos hat das Umweltbundesamt eine Studie zu den Langzeitfolgen des Gases Stickstoffdioxid veröffentlicht. Demzufolge ist die Stickoxid-Belastung in Deutschland die Ursache für Krankheiten von Millionen Menschen und für Tausende vorzeitige Tode. Die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Judith Skudely, hat sich das näher angeschaut und ist mehr als irritiert: "Studien wie diese sind lediglich Munition für Lobbyverbände wie die Deutsche Umwelthilfe und werden regelmäßig zur Panikmache gegen den Dieselmotor genutzt." Entgegen der in der Wissenschaft vorherrschenden Meinung werde so mit unbegründeten Schreckensmeldungen Politik gemacht.

"Die Untersuchung geht von 6.000 Toten durch den Einfluss von Stickstoffdioxiden aus. Selbstverständlich sind diese nicht gesund, allerdings stellt die Studie keinen Kausalzusammenhang zwischen Todesursache und Feinstaub- bzw. Stickstoffdioxid-Belastung her", deckt Skudely die Schwächen der Studie auf. Zudem würden andere Einflussfaktoren wie Gesundheitszustand, Alter oder Lebensweise ignoriert. Die Folge von derlei Studien sei "eine von Hysterie getriebene Politik mit aktionistischen Maßnahmen wie streckenweisen Dieselfahrverboten." Dabei würden die in Innenstädten nur zu einer Verlagerung des Verkehrs führen: Bei der Stickoxid-Belastung bringen sie uns aber keinen Schritt weiter. "Wir brauchen vielmehr eine nachhaltige Lösung, die zugleich ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll ist. Wichtige Ansätze sind eine intelligente Verkehrssteuerung, Digitalisierung, moderne Kraftstoffe und ein vernetzter ÖPNV", erläutert sie [die Position der FDP](#). [1]

[lobbyverbaende](#)

Links

[1] <https://www.fdp.de/position/mobilitaet-neu-denken>